

Der Vollzugsdienst

4-5/2016 – 63. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

BSBD begrüßt mehr Flexibilität beim Übergang in den Ruhestand

Dringender Handlungsbedarf bei den Erwerbsminderungsrenten

Seite 4

Justizsenator hält Wort ! Neue Sicherheitsausrüstung für den Berliner Justizvollzug

Vollzugsanstalten erhalten angemeldeten Bedarf zum Jahresende

Seite 25

Mutmaßlicher IS-Terrorist begeht Suizid in der JVA Leipzig

Sächsischer Vollzug sieht sich überzogener Kritik ausgesetzt

Seite 52

Der Landeshauptvorstand des BSBD Hessen tagte in Lich/Eberstadt



Baden-Württemberg



Mecklenburg-Vorpommern



Rheinland-Pfalz

INHALT

BUNDESVORSTAND

- 1 Erfolgreicher Start für das dbb forum
ÖFFENTLICHER DIENST:
Zehn Jahre Föderalismusreform(en)
- 4 Flexibler Übergang in den Ruhestand –
Dringender Handlungsbedarf bei den
Erwerbsminderungsrenten
- 5 BSBD international –
CESI als gewerkschaftliche
Dachorganisation in Europa


LANDESVERBÄNDE

- 7 Baden-Württemberg
- 21 Bayern
- 25 Berlin
- 29 Brandenburg
- 32 Bremen
- 33 Hamburg
- 35 Hessen
- 42 Mecklenburg-Vorpommern
- 47 Niedersachsen
- 52 Nordrhein-Westfalen
- 66 Rheinland-Pfalz
- 72 Saarland
- 75 Sachsen
- 78 Schleswig-Holstein
- 80 Thüringen

FACHTEIL

- 84 10 Jahre Föderalismusreform(en)
Besoldung und Versorgung
im Überblick
Auswirkungen der Föderalismusreform I



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Wolfgang Jänicke	wolfjnicke@aol.com
Stellv. Bundesvorsitzende	Petra Rabe	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
Schriftleitung	Burghard Neumann	vollzugsdienst@t-online.de
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bawue.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	thomas.goiny@berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 6/2016:



15. November 2016



Justizsenator hält Wort!

Neue Sicherheitsausrüstung für den Berliner Justizvollzug

Bis Jahresende sollen alle Vollzugsanstalten ihren angemeldeten Bedarf erhalten

Der BSBD Berlin unterstützt ausdrücklich die Anschaffung der neuen Sicherheitsausrüstung für die Beschäftigten im Berliner Justizvollzug, die im August vom Justizsenator Thomas Heilmann in der JVA Plötzensee vorgestellt wurde.

Dabei ist es für den BSBD Berlin wichtig, dass nach den Übergriffen der letzten Jahre im Justizvollzug auch das Sicherheitsgefühl der Beschäftigten berücksichtigt wird.

Bereits seit einigen Jahren hatte der BSBD Berlin auch immer wieder auf

die schlechte Grundausrüstung bei der Sicherheitsausrüstung hingewiesen und eine deutliche Verbesserung gefordert.

Dieser Forderung ist das Berliner Parlament durch den Antrag der CDU-Fraktion nachgekommen und wurde in dem jetzigen Doppelhaushalt 2016/2017 mit zusätzlichen 500.000 Euro nunmehr auch umgesetzt.

Der Justizsenator hat nun für eine zeitnahe Umsetzung im Doppelhaushalt gesorgt.

„In allen Anstalten arbeiten die Kolleginnen und Kollegen mit einem hohen Risiko und mit einer sehr geringen Personaldecke. Das Bedürfnis sich in allen Situationen angemessen schützen zu können, ist dabei ein wichtiger Faktor für die Beschäftigten“, äußerte sich der Landesvorsitzende des BSBD Berlin, **Thomas Goiny**, zu den Neuanschaffungen.

Bis zum Jahresende sollen alle Vollzugsanstalten ihren angemeldeten Bedarf erhalten.

Für den BSBD Berlin ist jetzt wichtig, dass die **Handschuhe und stichfesten Westen für alle** in der Bekleidungsordnung geregelt und das Bekleidungsgeldkonto um den entsprechenden Betrag erhöht wird.

Zudem müssen die Kolleginnen und Kollegen in den Sicherheitsgruppen den Einsatz mit dem Vollkörperschutz auch intensiv üben. Die Beschaffung erfolgt auf Bedarfsmeldung der einzelnen Anstalten zentral über

die JVA Plötzensee. Nach Aussagen der Justizverwaltung sollen alle Beschäftigten des allgemeinen Justizvollzugsdienstes und in den Arbeitsbetrieben persönlich berücksichtigt werden.

Aus Sicht des BSBD ist die Anschaffung der Sicherheitsausrüstung auch ein Teil des mit dem Justizsenator unterzeichneten Gesundheitspaktes. „Auch die Sicherheitsausrüstung ist ein Beitrag zum Gesundheitsmanagement im Justizvollzug. Nur wer sich sicher fühlt, wird auch seinen Aufgaben in vollem Umfang gerecht“, so Landesvorsitzender **Thomas Goiny** abschließend.



Ein besonderer Dank geht an die Kolleginnen und Kollegen in den Sicherungsgruppen und in der JVA Plötzensee, die für die aktuelle Beschaffung verantwortlich sind und die Präsentation durchgeführt haben.

Erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit

Gelegenheit zu Gesprächen mit Politikerinnen und Politiker

Der **BSBD** Berlin hat sich nicht nur am Stand des **dbb berlin** beim diesjährigen Motzstraßenfest beteiligt, sondern auch an dem alle zwei Jahre stattfindenden Tag der offenen Tür bei der Berliner Polizei in Ruhleben teilgenommen.

Gemeinsam mit dem **dbb berlin** hat der **BSBD** Berlin für die Anerkennung und Wertschätzung des öffentlichen Dienstes bei den Besuchern geworben. Mehr als 20.000 Besucherinnen und Besucher konnten sich ein buntes Programm der Berliner Polizei und anderer Hilfsorganisationen ansehen. Am Stand der Deutschen Polizeigewerkschaft (**DPoIG**) konnte ein Musterexemplar des neuen gepanzerten Einsatzfahrzeuges bestaunt werden.

Den neuesten „Gefangenentransporter“ präsentiert

Der Berliner Justizvollzug war mit einem eigenen Informationsstand vertreten, an dem Kolleginnen und Kollegen der JVA Tegel interessierten Besuchern die Aufgaben des Justizvollzuges näher brachten. Mit dabei waren auch Kollegen aus der JVA Plötzensee, die den neuesten „Gefangenentransporter“ präsentierten. Herzlichen Dank dafür!



Die Vertreter/innen des **BSBD** Berlin haben die Gelegenheit genutzt um bei unzähligen Gesprächen auch mit an dem Tag vielfältig vertretenden Politikerinnen und Politikern in's Gespräch zu kommen. Ein rundum erfolgreicher Tag!



Jahresfahrt der Jugendstrafanstalt

Zur inzwischen 16. Jahresfahrt ist die Betriebsgruppe der Jugendstrafanstalt des **BSBD** Berlin über das verlängerte Wochenende am 3. Oktober aufgebrochen.

Mit 51 Kolleginnen und Kollegen wurde vom 30. September bis zum 3. Oktober das schöne Bundesland Thüringen besucht. Auf dem Programm stand eine Stadtführung durch Eisenach und die Besichtigung der Wartburg. Für die Sauerstoffabhängigen gab es eine Führung durch das Wildkatzengehege und eine Tour durch den Baumkronenpfad im Hainich. Kaum war die Fahrt beendet, liefen die Planungen für 2017 an. Wir sind gespannt, was der Betriebsgruppenvorsitzende und stellv. Landesvorsitzende, **Thomas Bestmann**, sich wieder einfallen lässt. Die tolle Stimmung und der Spaß sind auf jeden Fall Ansporn für 2017.



Fauchende Gesellen mal als Bildungsprogramm.

Foto: **BSBD** Berlin

Politiker informieren sich bei einem Besuch über die JVA Moabit

Birgit Polnik verweist auf die angespannte Situation der Beschäftigten

Anfang August besuchten der Stadtrat für Jugend und Gesundheit und stellvertretender Bürgermeister von Neukölln, Falko Lieke (CDU), sowie der Kreisvorsitzende der CDU von Köpenick, Mike Penn, die Justizvollzugsanstalt Moabit und informierten sich vor Ort über die Arbeit und Aufgaben der Justizvollzugsanstalt.

Dabei wurden die Gäste persönlich von Anstaltsleiter, Herrn **Wolfgang Fixson**, begrüßt und durch die Anstalt geführt. Der Anstaltsleiter erläuterte im „Stern“ ausführlich die Besonderheiten der Vollzugsanstalt Moabit als Aufnahme- und Untersuchungshaftanstalt und lobte dabei den Einsatz und das hohe Engagement der Beschäftigten, um den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen und die Sicherheit zu gewährleisten.

Durch die Personalratsvorsitzende **Silke Jonas** und die Frauenvertreterin und stellv. Landesvorsitzende des **BSBD** Berlin, **Birgit Polnik**, wurde dabei auf die angespannte Situation wie auch auf die hohe Belastung der Beschäftigten und auf das fehlende Personal hingewiesen, deren Auswirkungen jeden Tag zu spüren sind.

Für den Politiker **Falko Lieke** war nach dem Besuch in der Jugendstrafanstalt, die JVA Moabit die zweite Vollzugseinrichtung die er in diesem Jahr besuchte, um sich einen Überblick über die Situation in den Haftanstalten zu verschaffen.

Ebenso hat auch der Berliner Justizsenator **Thomas Heilmann** erneut die JVA Moabit besucht, um sich hier über die aktuelle Situation im Justizvollzug zu informieren. Die diversen Baumaßnahmen, der geringe Personalbestand und die hohe Belastung durch die fast

dauerhafte 100% Belegung in der JVA Moabit, machen eine sinnvolle und effiziente Betreuung und Behandlung der Inhaftierten fast unmöglich! Der **BSBD** Berlin macht immer wieder auf diese Situation aufmerksam, die in allen Berliner Vollzugsanstalten deutlich erkennbar ist.

Dies trifft genauso für die neu errichtete JVA Heidering wie auch auf die JVA für Frauen zu. Die Belastung durch Personalabgänge und die dadurch entstehenden Arbeitsverdichtung nimmt immer mehr zu.



V.l.n.r.: Silke Jonas, Thomas Heilmann, Birgit Polnik, Wolfgang Fixson.

Foto: BSBD Berlin

BSBD fordert Langzeitkonten für Überstunden auch im Justizvollzug

Berliner Justizvollzug schiebt ca. 20.000 Urlaubstage vor sich her

Der BSBD Berlin unterstützt die Forderung des dbb, für alle Beamtinnen und Beamten Langzeitkonten für anfallende Überstunden einzuführen.

Die im Zuge der aktuellen Herausforderungen – zuletzt verschärft durch die Migrationslage und die gestiegene Terrorgefahr – aufgelaufenen über 20 Millionen Überstunden, allein bei den Polizisten von Bund und Ländern belegen, dass es im öffentlichen Dienst massive personalwirtschaftliche Probleme gibt.

„Die völlig unzureichende Personalausstattung der Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern muss zeitnah durch Neueinstellungen behoben werden“, erklärte der **dbb**-Bundesvorsitzende **Klaus Dauderstädt** im Juni beim Bundeshauptvorstand in Darmstadt. Außerdem, so die weitere Forderung des **dbb**, muss den Beamtin-

nen und Beamten für alle anfallenden Überstunden, die nicht binnen Jahresfrist durch Freizeitausgleich abgebaut werden können, ein Wahlrecht zwischen Vergütung oder Überführung der Mehrarbeit auf ein Langzeitkonto eingeräumt werden.

Langzeitkonten sind dabei so auszugestalten, dass sie nur auf freiwilliger Basis eingerichtet werden können, ihre Einrichtung nur aus dringenden dienstlichen Gründen abgelehnt werden darf und Guthaben ‚unverfallbar‘ sind.

Viele unterschiedliche Arbeitszeitmodelle

Der **BSBD** Berlin weist dabei auf die vielen unterschiedlichen Arbeitszeitmodelle hin und auf die – je nach Bereich – unterschiedliche Anzahl von Überstunden in den Berliner Justizvollzugsanstalten.

Dabei werden die verschiedenen Schicht-Modelle ausschließlich dazu genutzt, um den Personalbedarf in den sogenannten „Stoßzeiten“ abzudecken.

Schon jetzt schiebt der Justizvollzug ca. 20.000 Urlaubstage vor sich her. Oftmals werden erst die Überstunden abgemeldet, statt den Erholungsurlaub zu gewähren.

Der **BSBD** kritisiert hierbei die nach der Mehrarbeitsvergütungsordnung genannten Auszahlungsbeträge von 13,70 Euro bei den Besoldungsgruppen A5 bis A8 und die nicht vorhandene Möglichkeit, bereits angesammelte Überstunden auf Antrag auszusahlen.

Auch die Berechnung der Schicht- und Wechseldienstzulage bzw. für Dienst zu ungünstigen Zeiten muss deutlich den schwierigen Arbeitsverhältnissen angepasst werden.

 Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
 Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

 **0800-0404041**
 Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
 Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
 Andreas Wendholt
 Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseke

dbb und dbb jugend berlin fordern Respekt ein

Körperliche und seelische Gewalt endet nicht an den Mauern der Justizvollzugsanstalten

Der **dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin)** hat sich der vom Friedrichstadt-Palast gestarteten Aktion „**Respect each other**“ angeschlossen, die zu einem respektvollen Umgang miteinander und gegen eine Verrohung der Diskussionskultur aufruft.

Der **dbb berlin** tritt als Spitzenorganisation des öffentlichen Dienstes in Berlin grundsätzlich für Respekt gegenüber allen legalen Sicht- und Lebensweisen aller gesellschaftlichen Gruppen ein, begründet der Landesvorsitzende **Frank Becker** diesen Schritt.

Respekt fordere der **dbb berlin** aber insbesondere gegenüber allen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ein.

Es sei absolut inakzeptabel, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Ausübung ihres Amtes beleidigt, bespuckt oder gar geschlagen würden. Die Hemmschwelle, gewalttätig zu werden, sinke offensichtlich immer weiter und mache auch vor Polizisten, Feuerwehr-

leuten und Sanitätskräften keinen Halt. „Aufgabe des **dbb berlin** ist es in dieser Situation, immer wieder mit Informationen und Forderungen den Finger in die offene Wunde zu legen, damit unsere Kolleginnen und Kollegen künftig besser geschützt werden. Ein kleiner Schritt in diese Richtung ist, dass wir uns der Aktion des Friedrichstadt-Palast anschließen“, erklärte **Becker**.

Auch die **dbb jugend** hat in Berlin ein Zeichen gegen die zunehmenden Attacken auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gesetzt.

Auf dem Hausvogteiplatz demonstrierten am 29. August 2016 junge Beamte und Angestellte, wie respektloser Umgang mit Menschen im Staatsdienst aussieht. Konkret ließen sich eine Sachbearbeiterin vom Rundfunkbeitragsservice, eine Zugbegleiterin, ein Polizist und ein Krankenpfleger „für die gute Sache“ anpöbeln und angreifen. Im Anschluss an das von Medien und Politik vielbeachtete Szenario trafen sich junge Beschäftigte im **dbb forum berlin** zur Wertschät-

zungskonferenz der **dbb jugend**, um sich über ihre persönlichen Erlebnisse im Dienst auszutauschen und sich über Gefährdungsbeurteilung und Deeskalation zu informieren.

Justizvollzug nicht vergessen

Der **BSBD** fordert allerdings, den Justizvollzug nicht zu vergessen. Körperliche und seelische Gewalt endet nicht an den Mauern der Justizvollzugsanstalten. Beschäftigte in den Haftanstalten sehen sich immer wieder körperlichen Auseinandersetzungen ausgesetzt. Beleidigungen und Beschimpfungen sind an der Tagesordnung. Der **BSBD** fordert daher ein konsequentes Vorgehen gegen Inhaftierte, die meinen ihre Auseinandersetzungen, die sie außerhalb der Anstalten begonnen haben, nun fortzusetzen zu müssen. Dazu gehört auch ein grundsätzliches Verständnis der Gesellschaft für auch unbeliebte Aufgaben des Staates. **Anerkennung und Wertschätzung gelten auch für die Beschäftigten in den Vollzugsanstalten!**

Erfolgsbilanz des BSBD Berlin

Für diese Ziele hat sich der **BSBD** seit vielen Jahren eingesetzt und in unzähligen Gesprächen mit vielen Abgeordneten erhebliche Veränderungen erreicht.

- Einführung der Sozialberatung der Berliner Justiz.
- Übernahme aller Vollzugsanwärter und Anwärterinnen nach der Ausbildung inkl. des Lehrgangs 222 und Übernahme-garantie seit 2015.
- Übernahme des einzigen Verwaltungslehrgangs nach der Ausbildung und Verbeamtung.
- Erhöhung der Ausbildungszahlen um die Personalabgänge der nächsten Jahren abzufangen.
- Erhöhung der Beförderungssämter in der Besoldungsgruppe A8 von 31,5 auf 50% des Stellenkegels.
- Schaffung von 350 Beförderungssämtern nach A8 im Verwaltungsdienst und allgemeinen Vollzugsdienst.
- Den Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten in den Pfortenbereichen der Vollzugsanstalten verhindert.
- Besoldungserhöhungen in 2012 bis 2016 um 13%.
- Personaleinsparungen von 205 Beschäftigten verhindert.
- Anpassung der Justizvollzugszulage an Polizei- und Feuerwehrvollzugszulage um 31,85 € pro Monat.
- Wiedereinführung der Jubiläumszulage für Beamtinnen und Beamte.
- Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamte und Anpassung der Versorgungsempfänger/innen.
- Abkopplung der Versorgung von der Besoldungserhöhung verhindert.
- Einführung der Anwärtersonderzuschläge von 60% auf die Anwärterbezüge.

- Zusätzliche Sicherheitsausstattung für den allgemeinen Vollzugs-, Werk- und Krankenpflegedienst.

Unserere Forderungen

- ▶ Angleichung der Besoldung an das Besoldungsniveau des Bundes.
- ▶ Integration der Jahressonderzahlung (Weihnachtsgeld) in die monatliche Besoldung.
- ▶ Auszahlung von Überstunden statt Abbummeln.
- ▶ Aufbau von Zeitkontingenten in ein Langzeit- beziehungsweise Lebensarbeitszeitkonto, um den älteren Beschäftigten den beruflichen Ausstieg zu erleichtern.
- ▶ Umsetzung der Personalentwicklungskonzepte des Senats, um den Beschäftigten langfristig eine Perspektive zu schaffen.
- ▶ Evaluierung des Laufbahngesetzes und der Justizlaufbahnverordnung um die „Durchlässigkeit“ der Laufbahn im Justizvollzug zu ermöglichen.
- ▶ Anpassung des Stellenkegels an die Beförderungsmöglichkeiten im Justizvollzug.
- ▶ Anerkennung des Meistertitels in den Arbeitsbetrieben in der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt.
- ▶ Anpassung der allgemeinen Stellenzulage bis zur Besoldungsgruppe A 11.
- ▶ Schnellstmögliche Besetzung aller freien Stellen im allgemeinen Justizvollzugsdienst.

